

Cas Mudde

Rechtsaußen

**Extreme und radikale Rechte in der
heutigen Politik weltweit**

Aus dem Englischen übersetzt
von Anne Emmert



This edition is published by arrangement with Polity Press Ltd., Cambridge.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0579-9

Englische Originalausgabe © Polity Press Ltd., Cambridge 2019

Copyright der deutschen Ausgabe © 2020 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Petra Böhner, Köln

Satz:
Kempken DTP-Service | Satztechnik • Druckvorstufe • Mediengestaltung,
Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2020

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	9
Einführung	12
 Kapitel 1	
Geschichte	23
 Kapitel 2	
Ideologie	40
 Kapitel 3	
Organisation	69
 Kapitel 4	
Leute	95
 Kapitel 5	
Betätigungsfelder	107
 Kapitel 6	
Ursachen	126
 Kapitel 7	
Wirkung	145
 Kapitel 8	
Reaktionen	165

Kapitel 9	
Gender	187

Kapitel 10	
Zwölf Thesen zur vierten Welle	207

Anhang

Abkürzungen	227
Chronologie	230
Glossar	236
Literaturhinweise	239
Personen- und Sachregister	246
Über den Autor	255

*Für meine Leserschaft, in der Hoffnung, dass Ihnen dieses Buch
Wissen und Macht verleiht.*

DANKSAGUNG

In meiner beruflichen Laufbahn hatte ich stets das große Glück, auf meinem Fachgebiet der Extremismus- und Demokratieforschung von einem wunderbaren Kollegen- und Freundeskreis großzügig unterstützt zu werden. Für dieses Buch, das meinen eher begrenzten akademischen Rahmen geografisch und thematisch sprengt, habe ich besonders viele Menschen um Feedback gebeten und war einmal mehr von ihrer Hilfe beeindruckt. Aurelien Mondon, Caterina Froio, Cristóbal Rovira Kaltwasser, Cynthia Miller-Idriss, Duncan McDonnell, George Hawley, Jan-Werner Müller, Kathleen Blee, Léonie de Jonge, Matthew Feldman und Uwe Backes haben alle den ersten vollständigen Manuskriptentwurf gelesen und viele kleinere und größere Hinweise gegeben. Etliche konnte ich einarbeiten, manche musste ich weglassen, weil dieses relativ kurze Buch praktische Beschränkungen mit sich bringt. Ein besonderer Dank geht an vier weitere Personen: Alex DiBranco war bereit und willens, das später hinzugefügte Gender-Kapitel (→ Kap. 9, S. 187 ff.) zu lesen und machte innerhalb einer

Woche wichtige Vorschläge. Meine wunderbare Frau Maryann Gallagher ermöglichte mir nicht nur das Schreiben dieses Buches, sondern las auch eine frühere Fassung des Gender-Kapitels und half mir dabei, es neu zu durchdenken und umzustrukturieren. Mein fantastischer Doktorand Jakub Wondreys leistete wichtige Recherchehilfe für dieses Buch und half mir bei der Erstellung der Chronologie und des Glossars. Er las auch das Gesamtmanuskript und machte wertvolle Anmerkungen. Ich danke ihm für seine Arbeit und kann es nicht erwarten, mich mit der Redaktion seiner Doktorarbeit zu revanchieren. Ein Dank geht schließlich auch an meinen Freund und Verleger Craig Fowle, der in seinem extrem vollen Terminplan Zeit fand, mir zum fertigen Manuskript Rückmeldung zu geben, obwohl das Buch bei einem konkurrierenden Verlag herauskam. Wahrscheinlich hat er Recht: Die Liverpooler sind eben ein eigenes Völkchen.

Ich habe schon einige Bücher geschrieben, reine Fachbücher, aber auch eher nichtwissenschaftliche Titel. In den meisten Fällen war die Idee schnell geboren, doch es dauerte dann (sehr) lange, sie in ein Buch zu verwandeln. Bei diesem Buch lief es genau andersherum. Mehr als ein Jahrzehnt lang wälzte ich die Idee und dachte jedes Mal daran, wenn ich nach einem öffentlichen Vortrag gebeten wurde, ein relativ kurzes populäres Sachbuch zu empfehlen. Als ich es dem Verlag Polity Press erst vorgeschlagen hatte, schrieb es sich aber fast von allein, sofern ich zwischen Familie, Vorträgen, Konferenzen, Lehre und Reisen Zeit fand. Ich möchte den drei anonymen Gutachtern für ihre konstruktiven und ermutigenden Stellungnahmen ebenso danken wie meinen Lektorinnen bei Polity Press, Louise Knight und Sophie Wright, für ihr schnelles und zupacken-

des Lektorat. Es bestätigte mich in dem deutlichen Gefühl, dass Polity Press der perfekte Verlag für die Erstveröffentlichung dieses Buches war.

EINFÜHRUNG

An einem nieselgrauen Tag im Januar 2017 hielt der neu gewählte Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in Washington, D. C. auf den Stufen des Kapitols eine Amtsantrittsrede, die völlig anders war als die sämtlicher Vorgänger. Er sprach von der Wut und Enttäuschung der politisch Randständigen, obwohl er doch selbst mitten aus dem politischen Mainstream kam. Der »Anführer der freien Welt« sagte:

Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes die Früchte des Regierens geerntet, während die Bevölkerung die Kosten dafür getragen hat. Washington blühte und gedieh, aber die Bevölkerung bekam von dem Reichtum nichts ab. Politiker profitierten, aber Arbeitsplätze wanderten ab und Fabriken schlossen. Das Establishment schützte sich selbst, aber nicht die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Ihre Siege waren nicht eure Siege, ihre Triumphe nicht eure Triumphe, und während sie in der Hauptstadt unse-

res Landes feierten, gab es für Familien überall in unserem Land, die versuchen, über die Runden zu kommen, wenig zu feiern.

Das ändert sich nun alles, und es beginnt genau jetzt und genau hier, denn dieser Augenblick ist euer Augenblick, er gehört euch.¹

Die Wahl Donald Trumps illustriert gleich in mehrfacher Hinsicht, worum es in diesem Buch geht: Die äußerste Rechte und insbesondere der radikale Rechtspopulismus erreichten im 21. Jahrhundert den Mainstream und werden zur Normalität. Während ich dieses Manuskript im Mai 2019 fertigstelle, haben drei der fünf bevölkerungsreichsten Länder der Welt einen äußerst rechten Staatschef (Brasilien, Indien und die USA), und die weltweit größte politische Partei ist die radikal rechtspopulistische Indische Volkspartei (BJP). In der Europäischen Union (EU) werden zwei Regierungen von radikal rechtspopulistischen Parteien allein regiert (Ungarn und Polen), in weiteren vier Ländern sind solche Parteien in einer Koalition beteiligt (Bulgarien, Estland, Italien, Slowakei), und zwei Regierungen werden von einer populistischen Rechtspartei gestützt (Dänemark und das Vereinigte Königreich).² Und in den letzten Europawahlen konnten die äußerst rechten Parteien, wenn auch bescheiden, erneut die Zahl ihrer Sitze im Europa-

1 Amtsantrittsrede Präsident Trump, 20. Januar 2017, Website der US-Botschaft und Konsulate in Deutschland, <<https://de.usembassy.gov/de/antrittsrede-von-prasident-trump/>>.

2 Die fraglichen Parteien der äußersten Rechten waren 2019 die Patriotische Front (Bulgarien), DF (Dänemark), EKRE (Estland), Fidesz (Ungarn), die Lega (Italien), PiS (Polen), SNS (Slowakei) und die Democratic Unionist Party (Großbritannien).

parlament erhöhen, wie schon in den vorangegangenen Wahlen 2014 und 2009.

Seit ich als Student an der Universität Leiden in den Niederlanden Ende der 1980er-Jahre mit der Erforschung der äußersten Rechten begann, die damals noch weitgehend ein politisches Randphänomen war, hat sich viel verändert. Kaum eine Neonazigruppierung demonstrierte damals auf den Straßen, ohne festgenommen zu werden, einwanderungsfeindliche Parteien konnten in Wahlen nicht punkten. Heute nähert sich die äußerste Rechte dem politischen Mainstream an und ist in mehr und mehr Ländern gar schon dort angekommen. Diese beunruhigende Entwicklung möchte ich an drei (europäischen) Beispielen illustrieren.

Im Jahr 1982 versammelten sich Tausende Demonstranten vor dem niederländischen Parlament in Den Haag. Mit Slogans wie »Sie sind wieder da« und »Rassismus ist Hass gegen Menschen« protestierten sie gegen Hans Janmaat, Chef einer Partei mit dem irreführenden Namen Centruumpartij, die mit weniger als 70.000 Stimmen (0,8 Prozent) in die Zweite Kammer des Parlaments eingezogen war. Drehen wir die Zeit drei Jahrzehnte weiter, so sitzen 22 Vertreter der äußersten Rechten (von 150 Abgeordneten) im niederländischen Parlament; als sie dort einzogen, geschah das ohne Gegendemonstrationen, und die großen rechten Regierungsparteien vertreten und verabschiedeten politische Maßnahmen, die der wichtigsten und damals kontrovers diskutierten Aussage der Centruumpartij folgen: »Die Niederlande sind kein Einwanderungsland. Beendet die Einwanderung!«

Im Jahr 1999 errang die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ihren bis dahin größten Wahlerfolg, als sie in der Parlamentswahl mit 26,9 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft wurde. Dass die Partei im darauffolgenden Jahr in

die Regierung eintrat, löste Massendemonstrationen und einen internationalen Boykott aus. Im Jahr 2018 kehrte die FPÖ in die Regierung zurück; nur wenige Menschen in Österreich gingen auf die Straße, und die internationale Gemeinschaft nahm die Koalition praktisch ohne Protest zur Kenntnis.

In Frankreich schließlich reagierten die meisten Menschen mit Entsetzen, als der Chef des Front National (FN) Jean-Marie Le Pen 2002 mit 16,9 Prozent der Stimmen in die Stichwahl um die französische Präsidentschaft einzog. Die Wahlbeteiligung nahm daraufhin im zweiten Wahlgang spürbar zu. 15 Jahre später gelangte seine Tochter Marine mit 21,3 Prozent in die zweite Runde. Diesmal nahmen (noch) weniger Menschen am zweiten Wahlgang teil, und Le Pen konnte ihr Ergebnis auf 33,9 Prozent steigern. Als sie das Ergebnis ihres Vaters von 2002 fast verdoppelte, reagierten die meisten Menschen in Frankreich eher erleichtert als beunruhigt: Wenigstens hatte sie nicht gewonnen.

Diese Beispiele illustrieren die wesentlichen Unterschiede zwischen der sogenannten »dritten Welle« und der »vierten Welle« der äußersten Rechten seit dem Zweiten Weltkrieg. In der dritten Welle von etwa 1980 bis 2000 feierten radikal rechtspopulistische Parteien zwar Wahlerfolge, verharrten jedoch weitgehend an den politischen Rändern, da die Mainstream-Parteien sie von Koalitionen ausgeschlossen und »ihre« Themen, insbesondere Einwanderung und europäische Integration, häufig kleinhielten. In der vierten Welle, die etwa um die Jahrtausendwende einsetzte, erreichten nicht nur in Europa, sondern weltweit rechtsradikale Parteien den Mainstream und wurden zunehmend zur Normalität. Und dass Medien und Politik offen mit rechtsextremem Gedankengut (wie Antisemitis-

mus, Geschichtsrevisionismus und Rassismus) liebäugeln, nutzte sogar rechtsextremen Parteien.

Die sogenannte »Flüchtlingskrise« im Jahr 2015 trug zu dieser Entwicklung besonders bei. Ich setze den Begriff in Anführungszeichen, weil es mehr eine Frage des persönlichen Ermessens als objektiver Fakten ist, ob es sich tatsächlich um eine Krise handelte. Die EU, die über ausreichend Finanzmittel verfügte, um die Rekordzahlen an Asylsuchenden zu bewältigen, hatte es jahrelang versäumt, eine Infrastruktur für eine adäquate Versorgung zu schaffen. Es war eine Entscheidung der Mainstream-Medien und der etablierten Politik, den Zustrom von Asylsuchenden als »Krise« darzustellen und damit der bereits mobilisierten äußersten Rechten Munition zu liefern.

Das Mainstreaming der äußersten Rechten in Europa und anderswo lag nicht nur an der »Flüchtlingskrise«, die diese Entwicklung jedoch beschleunigte. Demonstrationen gegen Zuwanderung sind in den wichtigsten europäischen Großstädten mittlerweile üblich, und Gewalt von rechts außen gegen Antifaschistinnen, Zuwanderer, LGBTQ und Flüchtlinge hat stark zugenommen. Von Deutschland bis in die USA warnen Polizei und Geheimdienste vor einer wachsenden Terrorgefahr durch die äußerste Rechte, nachdem sie diese Bedrohung oft jahrzehntelang heruntergespielt haben.

Dieses Buch soll einen verständlichen und bündigen Überblick über die vierte Welle der äußersten Rechten nach dem Zweiten Weltkrieg geben. Es enthält mehrere neue Beobachtungen, die auch für Fachleute interessant sein dürften, richtet sich aber in erster Linie an Laien, an Menschen also, die die Nachrichten verfolgen, den Aufstieg der äußersten Rechten mit Sorge betrachten und in den Medien

nicht genügend neue Erkenntnisse finden, denen die Fachliteratur jedoch zu kompliziert oder einfach zu umfangreich ist. Das Buch berücksichtigt mehr als ein Vierteljahrhundert Forschung, auch meine eigene, die ich hier vereinfacht in zehn klar strukturierten Kapiteln zusammenfasse.

Ich möchte die Leserinnen und Leser durch die Lektüre dieses Buches dazu befähigen, die wichtigsten Gefahren zu erkennen, die der liberalen Demokratie im 21. Jahrhundert durch die äußerste Rechte drohen, und die Demokratie dagegen zu verteidigen. Im Vorfeld müssen wir allerdings noch einen eher verwirrenden und lästigen Aspekt der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte zum Thema klären: die Begrifflichkeit.

Terminologie

Für die Ideen und Gruppen, die im Zentrum dieses Buches stehen, gibt es eine stetig wachsende Zahl von Begriffen, die häufig synonym verwendet werden, ohne dass sie klar definiert oder Unterschiede und Ähnlichkeiten erklärt würden. Eine klare Terminologie mag auf den ersten Blick in den Bereich der Wissenschaft gehören. Sie ist jedoch auch für Politik und öffentliche Debatte unerlässlich. So können in Deutschland »rechtsextreme«, nicht aber »rechtsradikale« Organisationen verboten werden.

Definitionen und Begriffe prägen zwar meist nicht Vertreter der äußersten Rechte selbst, sondern außenstehende Beobachter, also Wissenschaftlerinnen, Antifaschisten und Journalistinnen, doch das heißt nicht, dass ihnen die Terminologie egal wäre. Die Chefs bekannter äußerst rechter Parteien wie des FN (heute RN, Rassemblement National)

und der FPÖ bringen Wissenschaftler und Journalistinnen vor Gericht, die sie beispielsweise als »Faschisten« bezeichnen. Andere präsentieren sich stolz als Populisten, manchmal sogar als Rassisten, allerdings nicht, ohne zuvor eine vorteilhaftere Definition zu entwickeln. Matteo Salvini, Chef der Lega Nord (LN, heute Lega), sagte in seiner Zeit als italienischer Innenminister, der Begriff »Populist« werde zwar abwertend verwendet, er verstehe ihn aber als Kompliment. Und der ehemalige Leiter von *Breitbart News*, Steve Bannon, rief Aktivisten des FN auf einem Parteitag zu: »Sollen sie euch doch Rassisten nennen. Sollen sie euch doch Xenophobe nennen. Sollen sie euch doch Nativisten nennen. Tragt es wie eine Auszeichnung.«

Über die korrekte Bezeichnung der größeren Bewegung und der verschiedenen Untergruppen herrscht wissenschaftlich kein Konsens. Darüber hinaus hat sich die Begrifflichkeit in der Nachkriegsära immer wieder verändert. In den ersten Jahrzehnten wurden diese Bewegungen im Sinne des »Neofaschismus« beschrieben, in den 1980er-Jahren sprach man von »Rechtsextremen«, in den 1990er-Jahren von »Rechtsradikalen«, Anfang des 21. Jahrhunderts von »Rechtspopulismus« und in den letzten Jahren im englischen Sprachraum von der »*far right*«, der »äußersten Rechten«. In dieser Entwicklung spiegeln sich Veränderungen sowohl in der Bewegung selbst als auch in der Wissenschaftsgemeinde wider, die sich mit ihr befasst.

In der Forschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Bewegung Teil einer breiteren *Rechten* ist, jedoch Uneinigkeit darüber, was das genau zu bedeuten hat. Die Begriffe »links« und »rechts« gehen auf die Französische Revolution zurück (1789–1799), als die Anhänger des Königs rechts neben dem Präsidenten der Nationalversammlung

saßen und seine Gegner links. Das heißt, die auf der rechten Seite waren für das *Ancien Régime* mit seiner hierarchischen Ordnung, während die auf der linken Seite für Demokratisierung und Volkssouveränität eintraten. Nach der Industriellen Revolution definierte man die Links-rechts-Unterteilung in erster Linie anhand des sozioökonomischen politischen Programms, das aufseiten der Rechten einen freien Markt, aufseiten der Linken eine aktivere Rolle des Staates betonte; doch auch andere Gegensätze hielten sich, etwa religiös (rechts) gegen säkular (links). In den vergangenen Jahrzehnten wurde der Links-rechts-Kontrast stärker soziokulturell definiert: Rechts steht für Autoritarismus (gegenüber linkem Libertarismus) oder für Nationalismus (gegenüber linkem Internationalismus); nach der RN-Chefin Marine Le Pen verläuft die Front zwischen »Patrioten« und »Globalisten«.

Diese Interpretationen weichen zwar in mehreren Punkten voneinander ab, haben jedoch einen gemeinsamen Kern, der vom italienischen Philosophen Norberto Bobbio auf den Punkt gebracht wurde.³ Er definiert die Unterscheidung zwischen links und rechts anhand der Beurteilung von (Un-)Gleichheit: Für die *Linke* sind die größten Ungleichheiten zwischen Menschen künstlich und negativ und sollten daher von einem aktiven Staat überwunden werden; für die *Rechte* dagegen sind Ungleichheiten zwischen Menschen natürlich und positiv und sollten daher entweder verteidigt oder jedenfalls vom Staat so belassen werden. Ungleichheiten können kulturell, wirtschaftlich,

3 N. Bobbio, *Rechts und Links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, übers. von Moshe Kahn, Berlin: Wagenbach 1998.

ethnisch, religiös oder anders definiert (oder aufgefasst) werden.

Das vorliegende Buch konzentriert sich nicht auf den sogenannten »rechten Mainstream«, zu dem beispielsweise Konservative und Liberale/Libertäre zählen, sondern auf die rechten Gruppierungen, die »gegen das System« sind, die liberale Demokratie mithin ablehnen. Diese, wie ich es nenne, *äußerste Rechte* teilt sich in zwei größere Untergruppen auf. Die *extreme Rechte* lehnt die wesentlichen Bestandteile der Demokratie, also Volkssouveränität und Mehrheitsprinzip, ab. Das berüchtigtste Beispiel dieser extremen Rechten ist der Faschismus, der den deutschen »Führer« Adolf Hitler und den italienischen »Duce« Benito Mussolini an die Macht brachte und für den schlimmsten Krieg der Menschheitsgeschichte verantwortlich war. Die *radikale Rechte* akzeptiert zwar die Kernelemente der Demokratie, nicht aber grundlegende Bestandteile der *liberalen* Demokratie, insbesondere Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Beide Untergruppen lehnen den liberaldemokratischen Konsens der Nachkriegszeit ab, allerdings auf grundlegend unterschiedliche Art und Weise. Während sich die extreme Rechte als revolutionär versteht, ist die radikale Rechte eher reformistisch. Man könnte sagen, die radikale Rechte vertraut auf die Macht des Volkes, die extreme Rechte tut das nicht.

Da in aktuellen politischen Diskussionen so oft der Begriff »Populismus« fällt, möchte ich noch kurz auf meine Begriffsdefinition und die Beziehung zwischen Populismus und äußerer Rechter eingehen. Ich definiere Populismus als (dünne) Ideologie, nach der die Gesellschaft letztlich in zwei homogene und antagonistische Gruppen gespalten ist, das anständige Volk und die korrupte Elite, und Politik

ein Ausdruck der *Volonté générale* (des Gemeinwillens) des Volkes sein sollte (⇒ auch Kap. 2, S. 40 ff.).⁴ Zumindest in der Theorie befürwortet der Populismus die Demokratie, lehnt jedoch die liberale Demokratie ab. Die extreme Rechte ist nach dieser Definition nicht populistisch, die radikale Rechte dagegen kann es sein und ist es im 21. Jahrhundert meist auch.

Aufbau des Buches

Das vorliegende Büchlein befasst sich vor allem mit der vierten Welle, also der äußersten Rechten im 21. Jahrhundert, stellt sie in ihrer Vielfältigkeit dar und berücksichtigt die extreme wie auch die radikale Rechte. Der Schwerpunkt liegt allerdings auf den wichtigsten Ideen, Organisationen und Personen unserer Zeit und damit auf radikal rechts-populistischen Führungsfiguren und Parteien. Die ersten Kapitel (1–5) beleuchten die äußerste Rechte, die zweite Hälfte ordnet sie im (überwiegend westlich demokratischen) politischen Kontext ein (Kap. 6–8).

Kapitel 1 (⇒ S. 23 ff.) gibt einen knappen chronologischen Überblick über die vier Wellen, in denen die äußerste Rechte nach dem Krieg auftrat. Kapitel 2 (⇒ S. 40 ff.) führt in die aktuellen Schlüsselideologien und Themen ein. Kapitel 3 (⇒ S. 69 ff.) stellt Organisationsstrukturen dar, wobei es zwischen Parteien, sozialen Bewegungen und Subkulturen unterscheidet. Kapitel 4 (⇒ S. 95 ff.) wendet sich den Vertretern der äußersten Rechten zu, insbesonde-

4 Vgl. C. Mudde und C. Rovira Kaltwasser, *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*, übers. von Anne Emmert, Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. 2019, S. 25.

re Spitzenpolitikern, Mitgliedern, Aktivisten und Wählern. Kapitel 5 (⇒ S. 107 ff.) untersucht die Hauptformen der Mobilisierung: Wahlen, Demonstrationen und Gewalt.

Die nächsten drei Kapitel stellen die äußerste Rechte in den politischen Kontext westlicher Demokratien. Kapitel 6 (⇒ S. 126 ff.) und 7 (⇒ S. 145 ff.) zeigen Ursachen und Folgen der jüngsten Welle auf, fassen einige wichtige wissenschaftliche und öffentliche Debatten zusammen, etwa die um wirtschaftliche Unsicherheit und kulturellen Backlash, und zeigen die vielfältigen Herausforderungen auf, vor die die äußerste Rechte westliche Demokratien heute stellt. Kapitel 8 (⇒ S. 165 ff.) befasst sich mit den jeweiligen Reaktionen der Demokratien auf den Höhenflug der äußersten Rechten. Kapitel 9 (⇒ S. 187 ff.) geht auf die Genderfragen ein, die sich im Zusammenhang mit der äußersten Rechten stellen, und verknüpft sie mit Themenstellungen der vorangegangenen Kapitel. Im 10. Kapitel (⇒ S. 207 ff.) schließt das Buch mit zwölf Thesen zu zentralen Merkmalen und neuen Entwicklungen der vierten Welle.

KAPITEL 1

GESCHICHTE

Im Jahr 1945 stand die Welt zum zweiten Mal innerhalb von 30 Jahren vor den Trümmern eines Weltkriegs. Schätzungen zufolge waren 75 bis 85 Millionen Menschen zu Tode gekommen, viele weitere schwer verwundet worden. Europa lag in Schutt und Asche. Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion trugen die Hauptlast der Zerstörung, doch fast alle europäischen Länder waren von Kollaboration, Zerstörung und Besetzung betroffen. Millionen von Menschen, die Minderheiten angehörten, waren in den NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern umgekommen, besonders Juden, Roma und Sinti (meist mit dem abwertenden Begriff »Zigeuner« belegt), Homosexuelle und Kommunisten.

Als der europäische Kontinent die eine Spaltung hinter sich ließ, nämlich die zwischen Faschisten und Antifaschisten, entstand eine neue: die zwischen Kommunisten und Antikommunisten. Der Kalte Krieg trennte Europa in einen kapitalistischen und (überwiegend) demokratischen Westen und einen sozialistischen und autoritären Osten. Diese

Spaltung hatte schon vor dem Zweiten Weltkrieg bestanden, und nur die gemeinsame Bedrohung durch den Faschismus konnte die beiden Seiten zusammenschweißen, denn Antifaschismus zählte zu den wenigen Werten, die Kommunisten und liberale Demokraten gemein hatten (ungeachtet des zynischen Paktes zwischen Hitler und Stalin 1939–1941). Doch sobald der Faschismus besiegt war, wurden aus den beiden Seiten wieder Todfeinde.

Der antifaschistische Konsens konnte den Kalten Krieg überleben, auch wenn die einzelnen Länder in der Nachkriegszeit auf nationaler und regionaler Ebene sehr unterschiedlich mit der äußersten Rechten umgingen. In kommunistischen Staaten waren sämtliche »faschistischen« Ideen und Bewegungen verboten, ebenso wie alle anderen nichtkommunistischen Ideen und Bewegungen. In Osteuropa kamen die meisten Kollaborateure und Faschisten im Krieg und in der repressiven Nachkriegszeit zu Tode, andere konnten fliehen, vornehmlich nach Nord- und Südamerika, wo sie sich in die antikommunistischen Exilgemeinden mit ihren oft ausgeprägt rechten Idealen einfügten.

Auch in den meisten westlichen Demokratien gab es eine kurze Phase, in der Faschisten und Kollaborateure zum Teil außergerichtlichen und gewalttätigen Repressionen ausgesetzt waren, besonders in ehemals von den Deutschen besetzten Ländern. Doch insgesamt variierten die rechtlichen Beschränkungen für äußerst rechte Ideen und Bewegungen von Land zu Land. Staaten wie Großbritannien und die USA, die nicht besetzt worden waren, führten praktisch keine Restriktionen ein, wohingegen andere, besonders Deutschland und Italien, »neofaschistische« Ideen und Bewegungen offiziell verboten (→ Kap. 8, S. 165 ff.). Trotz verschiedener Rechtssysteme und unterschiedlichen sozia-

len Drucks hieß die Lektion aus dem Zweiten Weltkrieg jedoch überall: »Nie wieder«. Dieser Gedanke stand auch im Mittelpunkt des europäischen Gedankens, der auf die Integration der Wirtschaft und die Bündelung der Souveränität abzielte, um ein Bollwerk gegen den Nationalismus zu errichten.

Drei Wellen der äußersten Rechten in der Nachkriegszeit, 1945–2000

1988 definierte der deutsche Politikwissenschaftler Klaus von Beyme drei Wellen der äußersten Rechten im Westeuropa der Nachkriegszeit.¹ Die Merkmale und Zeitspannen dieser Wellen werden im Einzelnen zwar kontrovers diskutiert, doch von Beymes Modell gibt einen guten Überblick über die Entwicklung der äußersten Rechte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Neofaschismus, 1945–1955

Unmittelbar nach der Niederlage des Faschismus war äußerst rechte Politik nicht vorwärtsgewandt, sondern rückwärtsgerichtet. Nachdem fast alle Akteure und Gruppierungen der äußersten Rechten im Krieg mit den Faschisten kollaboriert hatten, stießen sie mit ihren politischen Vorstellungen auf einmütige Ablehnung; in einigen Ländern wie Deutschland und den Niederlanden war jeglicher Nationalismus verpönt. Die meisten Europäer, die faschistische

1 K. von Beyme, »Right-Wing Extremism in Western Europe«, *West European Politics* 11, Nr. 2 (1988), S. 1-18.